

Zürich

16. Dezember 2025 | Seite 15

■ 3 min.

«Man kann es wagen»

Der Zürcher Kantonsrat senkt den Steuerfuss von 98 auf 95 Prozent – so stark wie seit über 20 Jahren nicht mehr.

Sven Hoti

Die Steuern im Kanton Zürich sinken im nächsten Jahr um drei Prozentpunkte: von 98 auf 95 Prozent. Das hat der Kantonsrat am Montag beschlossen. Es handelt sich um die höchste Steuersenkung seit über 20 Jahren. 2003 sank der Steuerfuss von 105 auf 100 Prozentpunkte. Er gilt für die kommenden zwei Jahre.

Bereits 2023 senkte der Kantonsrat den Steuerfuss, und zwar von 99 auf 98 Prozent. Nun also folgen drei weitere Prozentpunkte. Der Antrag war von der Mitte gekommen, die vorberatende Finanzkommission hatte ihn mehrheitlich unterstützt. SVP und FDP wollten den Steuerfuss ursprünglich um 6 Prozentpunkte senken, die GLP um 2 Prozentpunkte und die AL wollte ihn um 2 Prozentpunkte erhöhen. SP, Grüne und der Regierungsrat wollten den Steuerfuss unverändert beibehalten.

SVP und FDP hätten mit ihrem Antrag bereits in der ersten Abstimmung durchkommen können. Aufgrund einer Absenz verfehlten sie jedoch das absolute Mehr von 89 Stimmen und weitere Runden wurden nötig. Der Schlussscheid war letztlich ein Kompromiss seitens SVP und FDP, die den Antrag der Mitte unterstützten. Die GLP hätte den Bürgerlichen zu einer bequemen Mehrheit verhelpfen können, sie beharrte jedoch auf ihrem Antrag. Die Linke wiederum verzeichnete einige Absenzen.

Die Bürgerlichen argumentierten vor allem mit den Überschüssen, die der Kanton trotz pessimistischem Budget zuletzt regelmässig generierte, im Schnitt etwa 600 Millionen Franken. Eine Steuersenkung sei «finanzpolitisch problemlos tragbar», sagte Philipp Müller (FDP, Dietikon). Zudem gelte es, attraktiv für Unternehmen zu bleiben. «Zürich soll gegenüber anderen Kantonen nicht im Abseits stehen», sagte Priska Hänni-Mathis (Mitte, Regensdorf).

Links warnt, Rechts beschwichtigt

Anders sah dies die Linke: Durch die Steuersenkung würden rund 250 Millionen Franken pro Jahr fehlen, sagte Tobias Langenegger (SP, Zürich). «Damit machen Sie den Staatshaushalt maximal krisenanfällig.» Gleichzeitig sparten drei Viertel

der Bevölkerung maximal 70 Franken im Jahr, während das reichste Viertel am meisten profitiere, so Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich).

Das stritt die SVP nicht ab: «Natürlich wollen wir die Steuern senken für Reiche», sagte Fraktionschef Tobias Weidmann aus Hettlingen. Sie trügen immerhin den Löwenanteil der Staatsausgaben.

Die AL erinnerte daran, dass sogar der bürgerlich dominierte Regierungsrat den Steuerfuss beibehalten wollte. Nicht ohne Grund, so Manuel Sahli aus Winterthur. Denn das Budget stelle ein massives Sparprogramm dar. So müsse der Kanton auch dieses Jahr wieder Projekte verschieben. «Das ist ein eindeutiges Zeichen, dass wir uns die bisherigen Steuersenkungen nicht leisten können.»

Tatsächlich schiebt der Kanton auch dieses Jahr wieder Projekte auf die lange Bank. Eines davon ist die Velobahn Limmattal. Das Projekt sieht vor, den Veloweg zwischen dem Bahnhof Altstetten und Schlieren auszubauen und zu optimieren. Kantonsrat Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen) beantragte 2,5 Millionen Franken, um das Projekt in den Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) für die Jahre 2026 bis 2029 aufzunehmen. Das lehnte der Kantonsrat mit 87 zu 86 Stimmen jedoch ab. Ebenfalls verzögerte der Kantonsrat die Instandsetzung verschiedener Bildungsbauten, darunter auch der Kantonsschule Limmattal in Urdorf.

Rechnung 2025 macht Hoffnung

Finanzdirektor Ernst Stocker (SVP) sagte zur Steuerfusssenkung um drei Prozentpunkte: «Man kann es wagen.» Das voraussichtliche Plus in der Rechnung 2025 von 700 Millionen Franken mache Hoffnung und schaffe auch gewisse Spielräume. Gleichzeitig sei aber auch die Verschuldung gestiegen. Nun gelte es, die Sparmassnahmen der Regierung zu unterstützen und nicht laufend neue Ausgaben im Kantonsrat zu beschliessen. «Den Fünfer und das Weggli gibt es nirgends auf der Welt, auch im Kanton Zürich nicht.»

Neben dem Steuerfuss hat der Kantonsrat auch das Budget 2026 fertig beraten. Es beinhaltet einen Aufwandüberschuss von 314 Millionen Franken und Investitionsausgaben von rund 1,28 Milliarden Franken. Der Rat stimmte dem Budget mit 116 zu 57 Stimmen zu. AL, SP und Grüne waren dagegen.